



LS.16.04-10-02-03-V01

**ANTRAG Nr. 35/22**

nach § 17 GeschO

Betr.: PfarrPlan 2030 und Pfarrhäuser

Eingbracht in die Sitzung der 16. Landessynode am

A. Beschluss vom

 Verweisung an

B. Beschluss vom

 Annahme:

 einstimmig

 mit Mehrheit

 bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen

 Ablehnung

 C. Antrag zurückgezogen  
 am

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, im Rahmen der Ausarbeitung und Umsetzung des anstehenden Pfarrplans die zunehmend virulente Problematik der staatlichen Pfarrhäuser aufzugreifen, zu bearbeiten und einer sowohl für die betroffenen Kirchengemeinden als auch für die jeweiligen Pfarrpersonen und ihre Familien guten Praxis zuzuführen. Die Landeskirche möge dabei entschlossen daraufhin wirken, staatliche Pfarrhäuser möglichst abzulösen und in kirchlichen Besitz zu übernehmen, oder diese dem Staat zurückzugeben, sofern im Gegenzug klimafreundliche neue kirchliche Pfarrhäuser erstellt werden können. Die Thematik ist mit Priorität zu behandeln.

Begründung:

Der Pfarrdienst unterliegt einem erheblichen Wandel. Neben vielen weiteren Fragestellungen soll im Rahmen des Pfarrplanes insbesondere der Nachhaltigkeitsstatus der Pfarrhäuser in den Fokus genommen werden. Kirchliche Pfarrhäuser konnten und können weitgehend energetisch saniert werden. Bei staatlichen Pfarrhäusern ist diesbezüglich trotz intensiver Bemühungen ein enormer Sanierungsstau festzustellen. Angesichts unserer Verantwortung für Klima und Umwelt wirken wir damit wenig vorbildhaft. Die Lage spitzt sich zudem erheblich zu: Es zeichnet sich ab, dass Gemeinden mit einem staatlichen Pfarrhaus in Bezug auf die Bewerbungslage zunehmend benachteiligt sind. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren erheblich verstärken. Pfarrpersonen sind immer weniger bereit, in Pfarrhäuser zu ziehen, die einen hohen energetischen Aufwand mit sich bringen. Pfarrfamilien, die bereits in staatlichen Häusern leben, erwägen zunehmend ihre die Stelle aus diesem Grund zu wechseln. Die sich aktuell abzeichnende Energiekrise verschärft die Situation erheblich, so dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Dem Anliegen kommt eine besondere Relevanz zu im Interesse der Kirchengemeinden und im Blick auf die Attraktivität des Pfarrdienstes insgesamt.

Stuttgart, 16. Juni 2022

1. Steffen Kern  
Maike Sachs  
Dr. Gabriele Schöll  
Christoph Lehmann

2. Thomas Stuhmann  
Siegfried Jahn  
Gunther Seibold  
Rainer Köpf

3. Matthias Hanßmann  
Martin Wurster  
Ute Mayer  
Susanne Jäckle-Weckert